

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 29

ersch. am Sonntag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postwegen.
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 13. Juli 1930

Verlagsschleife: Berlin G2, Neuer Markt 8-12 IV.
Fernruf: Berlin B2, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

46. Jahrgang

Unser Verband im Jahre 1929.

Es geht vorwärts mit unserer Gewerkschaftsarbeit trotz aller Wirtschaftsnöte! Diese Tatsache ist aus dem soeben erscheinenden Jahresbericht unserer Verbandsleitung unschwer festzustellen. Dabei ist wohl zu beachten, daß das letzte Jahr an die gewerkschaftlichen Organisationen die denkbar härtesten Anforderungen stellte.

Die Arbeitslosigkeit.

Nie zuvor zeigten sich die nachteiligen Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung für die Arbeiterschaft in solcher Schärfe, wie im vergangenen Jahr. Daß dabei unser Beruf in die gleiche Mitleidenschaft gezogen wurde wie alle übrigen, ist angesichts der Tatsache verständlich, daß die Buchbinderei und deren verwandte Branchen leider immer mehr als Luxusindustrien angesehen werden, deren Erzeugnisse bei der sinkenden Kaufkraft einen immer geringer werdenden Absatz finden. Damit fällt die Arbeitsgelegenheit für unsere Kollegen und Kolleginnen rapid ab und die Zahl der Arbeitslosen muß eine übernatürliche Höhe erreichen. Mit dem Fortschreiten des Jahres kam das immer mehr zum Ausdruck, so daß am Jahresluß die Zahl der Arbeitslosen mit 2435 Kollegen und 5482 Kolleginnen ihren höchsten Stand erreichte.

Es ist gewiß ein furchtbarer Zustand, wenn im Laufe eines ganzen Jahres von je 100 Mitgliedern regelmäßig mehr als 11 völlig ohne Arbeit und damit ohne Verdienst bleiben. Und wenn dazu fast noch die gleiche Anzahl von verkürzt Arbeitenden kommt — am Jahresluß 6370 — dann zeigt sich darin die ganze Wucht des wirtschaftlichen Niederganges, die fast allein nur auf der auf Erwerb angewiesenen Arbeitskraft lastet. Es kennzeichnet die berufliche Lage, daß der Geschäftsgang in unseren Betrieben nur in höchstens 40 Proz. der Ermittlungen als gut bezeichnet werden konnte. Das war im Oktober. Bis zum Jahresluß war dieser als „gut“ bezeichnete Stand auf 22 Proz. gefallen! Einen befriedigenden Geschäftsgang zeigte im vergangenen Jahr noch nicht die Hälfte unserer Arbeitsstätten, während am Jahresluß 29 Proz. ausdrücklich als „schlecht“ bewertet wurden.

Der Mitgliederstand.

Dieser geschäftliche Niedergang äußert seine nachteiligen Folgen ganz naturgemäß auch in der Mitgliederbewegung unseres Verbandes, das Anwachsen der Mitgliederzahl wird durch ihn wesentlich gehemmt. Trotzdem kann noch über eine Zunahme von 1408 Mitgliedern — 339 Kollegen und 1069 Kol-

leginnen — berichtet werden. Dies ist zweifellos ein Beweis für das ungeschmälerte Vertrauen, das sich unser Verband in den Kreisen unserer Berufsangehörigen erworben hat, ein Vertrauen, das sich gründet auf sein gutes gewerkschaftliches Arbeiten. Dabei braucht man nicht zu verschweigen, daß die Fluktuation unter den neu zu uns gekommenen Kollegen und Kolleginnen — vor allem unter den letztgenannten — nach wie vor groß ist, und daß dadurch so manche gewerkschaftliche Arbeit vergebens geleistet werden mußte. Im vergangenen Jahr wurden 13 505 Berufsangehörige neu gewonnen, von denen jedoch 12 097 nach kurzem Gastspiel wieder abtrünnig wurden. Welche Hoffnungen damit vernichtet wurden, dürfte diesen unbeständigen Elementen kaum zum Bewußtsein gekommen sein, doch wahrscheinlich auch nicht, welchen gewaltigen Schaden sie sich durch ihre falsche Haltung selbst zugefügt haben.

Die am Jahresluß vorhandenen 58 574 Mitglieder — 18 704 Kollegen und 39 870 Kolleginnen — bilden einen guten Stamm für unseren Verband, der ihm für alle Folgezeit ein gedeihliches Arbeiten im Interesse seiner Anhänger sichert. Dabei darf man — wiederholt — doch fragen: Was könnte sein, wenn die Massen der Unorganisierten zur Erkenntnis kommen würden, daß nur im festen Zusammenschluß aller Arbeitskräfte der Weg zur Beseitigung aller wirtschaftlichen Nöte gegeben ist? Das gute Verbandsmitglied weiß seine Organisation und deren Arbeit zu schätzen, das gute Verbandsmitglied wird darum jederzeit — trotz mancher fehlgeschlagenen Erwartungen — unverdrossen weiter auf die Stärkung unseres Verbandes bedacht sein und seine ganze Kraft einsetzen zur Ueberzeugung der Wankelmütigen, zur Gewinnung aller derer, die für eine reiflos befriedigende Arbeit das größte Hindernis bilden.

Unsere Kolleginnen

stellen infolge der Art unseres Gewerbes den größten Teil unserer Berufsangehörigen. Das zeigt sich im entsprechenden Verhältnis auch im Mitgliederstand unseres Verbandes. Seit dem Jahre 1914 überwiegen unsere Kolleginnen im Verband in immer stärkerem Maße. Am Schluß des Vorjahres entfielen auf je 1000 Mitglieder 319 Kollegen und 681 Kolleginnen. Die Uebermacht der Kolleginnen in unserem Verbande war in der Zwischenzeit schon größer, im Jahre 1921 betrug ihr Anteil am Mitgliederstand schon einmal 71,4 Proz. Art und Entwicklung unseres Berufes zeitigen eine erhebliche Bevorzugung der weiblichen Arbeitskraft und wenn auch im Organisationsstand deren Ueber-

gewicht so zum Ausdruck kommt, wie in unserem Verband, dann ist das der beste Beweis dafür, daß sich unser Verband im besonderen Maße um die Interessen der Kolleginnen kümmert. Die zwingende Folge davon ist dann das Vertrauen derselben zur Organisation. Dieses Vertrauen auch den unorganisierten Kolleginnen beizubringen, sollte unseren weiblichen Verbandsmitgliedern nicht schwer fallen. Sie würde damit nur im wohlverstandenen eigenen Interesse handeln, denn je lückenloser gerade die Organisation unserer Kolleginnen ist, um so besser wird es mit ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen bestellt sein.

Die Gliederung unseres Verbandes

nach Bezirken zeigt eine unveränderte Entwicklung. Entsprechend der Berufsverteilung findet sich der größte Anteil unserer Berufsangehörigen in den Gauen Sachsen mit 16 457 (darunter 11 494 Kolleginnen) und Nordosten mit 12 538 (darunter 8917 Kolleginnen) Mitgliedern. Hier dominiert Berlin mit 11 568 Verbandsangehörigen. Der verbleibende Teil unserer Mitglieder verteilt sich fast gleichmäßig auf das übrige Reich. Am Jahresluß wartete Gau Württemberg und Baden mit 4901 Mitgliedern auf, Gau Hannover mit 3931, Gau Hanja mit 3620, Gau Magdeburg mit 3100, Gau Hessen-Pfalz mit 2805, Gau Thüringen mit 2609, Gau Rheinland-Westfalen mit 2499, Gau Nordbayern mit 2200, Gau Südbayern mit 2136 und Gau Schlesien mit 1778. In allen Bezirken sind noch sehr viele — zum Teil Tausende — Unorganisierte anzutreffen, deren Gewinnung Ehrensache unserer Verbandsmitglieder sein muß. Es mag einmal ein edler Wettstreit unter unseren Gauen anheben mit dem Ziel, die Zahl der Unorganisierten im Bezirke zu vermindern und die gewonnenen zu halten, ein Wettstreit, an dem sich alle unsere Mitglieder beteiligen müssen. Nicht nur einige Hundert sind alljährlich zu holen, sondern Tausende, die uns in unserem Vorwärtskommen hindern! Wer will sich da weigern, mitzuhelfen?

Die Branchengliederung zeigt uns das gewohnte Bild. Am besten und stärksten organisiert ist die Buchbinderbranche mit 26 611 Mitgliedern (davon 15 521 Kolleginnen). Ihr folgt der Zahl nach die Kartonnagen- und Luxuskartonbranche mit 13 108 Mitgliedern (davon 10 334 Kolleginnen), die Luxuspapierbranche mit 5246 (4384), die Papierausstattungs- und Briefumschlagbranche mit 3098 (2677), die Papierverarbeiter mit 3034 (2450), die Geschäftsbuchbranche mit 2394 (1327), die Etuisbranche mit 1875 (883), die Einziererbranche mit 491 (158), die Galanteriebranche mit 310 (178) und diverse mit 80 (32) Mitgliedern.

Die Verhandlungen zur Behebung der Wirtschaftsnot abgebrochen.

In den letzten Wochen haben zwischen einer Gruppe von Unternehmern und Vertretern der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften Besprechungen stattgefunden, über die in der bürgerlichen Presse irreführende und tendenziöse Berichte veröffentlicht worden sind. Unter den Ueberschriften „Wieder Arbeitsgemeinschaft?“ — „Eine Arbeitsgemeinschaft zur Wirtschaftsbelebung“ und ähnliche sind diese durchaus unverbindlichen Beratungen in „den ersten Schritt zum Aufbau einer neuen Arbeitsgemeinschaft“ umgefächelt worden. Dabei war der Gedanke einer Arbeitsgemeinschaft bei diesen Verhandlungen von beiden Seiten von vornherein ausgeschlossen.

Es kam zu den Verhandlungen auf Initiative einer Gruppe von Unternehmern, die infolge der anhaltenden Wirtschaftskrise und der überaus schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt anregten, in gemeinsamen Besprechungen einen Weg zu suchen, der die ausreichende Versorgung der Arbeitslosen eindeutig sicherstellt und durch Ueberwindung der Vertrauenskrise zu einer Anknüpfung der Wirtschaft führen könne.

Die Vertreter der Unternehmer bekamen sich zu dem Gedanken, daß der Fehlbeitrag der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden müsse, indem die Angestellten der Wirtschaft, auch die leitenden Angestellten bis zu den Generaldirektoren, für das laufende Staatjahr von ihrem nicht versicherungspflichtigen Einkommen einen Beitrag bis zur Höhe von 4½ Proz. zahlen sollten.

Die Gewerkschaften vertraten demgegenüber die Auffassung, daß dieser Hilfsbeitrag sich nicht nur auf die Angestellten der Wirtschaft beschränken dürfe, daß vielmehr alle von der Arbeitslosenversicherung nicht erfaßten Berufskreise diesen Beitrag leisten sollten. Sie waren der Meinung, daß dieses allgemeine Notopfer einen ersten und wirksamen Schritt zur Sanierung der Reichsfinanzen bedeuten würde. Die Sanierung der Reichsfinanzen erschien ihnen als eine Vorbedingung für die Besserung der Wirtschaftslage.

Von Unternehmerseite wurde darüber hinaus angeregt, die Ursachen der Arbeitslosigkeit in den Kreis der Beratungen einzubeziehen. Dabei war man sich darüber klar, daß die Wirtschaft unter allen Umständen zu einer Senkung des Preisniveaus kommen müsse. Zur Debatte stand also eine Senkung der Produktionskosten zur Behebung des Absatzes. Gegenüber der von den Unternehmern vertretenen Anschauung, daß die Senkung der Preise auch eine Anpassung der Löhne einschließen müsse, vertraten die Gewerkschaften die Auffassung, daß insbesondere der viel zu hohen Preisspanne im Handel und den übersteigerten Kartellpreisen energisch entgegengetreten werden müsse. Unter keinen Umständen dürfe der Senkung der Gestehungskosten eine Schwächung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung parallel gehen. Vielmehr müsse die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung in der Folge gehoben werden, da andernfalls die wirtschaftliche Situation genau dieselbe sein würde wie vorher. Eine Untersuchung der Ursachen der Arbeitslosigkeit und eine Prüfung der Wege, die aus der jetzigen Situation hinausführen, halten auch sie für wünschenswert.

Nach der gemeinsamen Ausschussitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände machte sich sichtbar der Einfluß der Schwerindustrie auf die Verhandlungsführer der Unternehmer geltend. Die Senkung und Einschränkung der personellen Ausgaben der öffentlichen Körperschaften, eine entsprechende Anpassung der Personalausgaben in der Privatwirtschaft, die alle in ihr tätigen Personen (einschließlich der leitenden Persönlichkeiten) einbezogen sollte — d. h. praktische Lohn- und Gehaltsabbau und Arbeiter- und Beamtenentlassungen im großen Stil, wurden nunmehr als die Voraussetzung für einen Abbau der Preise erklärt, Maßnahmen, deren Durchführung erst gesichert sein müßten, ehe die für die Produktion und Warenverteilung verantwortlichen Organe an die Preisentung herangehen könnten. Gleichzeitig wurde in vorächtigen Formulierungen die in den Programmen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände geforderte Anpassung der öffentlichen Lasten an die innere deutsche Finanzkraft, das heißt ein Abbau der Leistungen der Sozialversicherung und eine Einschränkung ihrer Verwaltungskosten, in das neu formulierte Programm eingebaut. Der Gedanke eines Notopfers der in gesicherter Lebensstellung Stehenden sollte nur dann in Betracht gezogen werden, wenn Regierung und Volksvertretung sich auf die vorerwähnten Forderungen einigten und ihre Durchführung bis in die letzten Organe der Verwaltung sicherstellten. Mit einem Wort: Ein Notopfer der noch in den Betrieben tätigen Arbeiter und Angestellten in Form von abgebauten Löhnen und Gehältern, ein Notopfer der Arbeitslosen in Form von abgebauten Leistungen der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung sollte die Vorbedingung dafür sein, daß auch die von der Arbeitslosigkeit nicht erfaßten Berufsklassen zu außerordentlichen geldlichen Leistungen herangezogen werden.

Diese Verschiebung der Verhandlungsbasis legte den Vertretern der Gewerkschaften den Gedanken nahe, sie ohne weiteres abzubrechen. Nur der außerordentliche Ernst der Arbeitsmarktlage veranlaßte sie, sich noch an den weiteren Verhandlungen zu beteiligen. In einer gemeinsamen mit den Spitzenorganisationen der christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften formulierten Entschließung saßten sie daher noch einmal die von ihnen vertretene, in klarem Gegensatz zu den Anschauungen der Unternehmer stehende Ansicht über die außerordentlichen Maßnahmen zur Ueberwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zusammen. An der Spitze des von ihnen formulierten Programms stand das Notopfer aller von der Arbeitslosenversicherung nicht erfaßten Kreise, in dem sie einen ersten wirksamen Schritt zur Sanierung der Reichsfinanzen erblickten, die eine Voraussetzung für jede Gesundung der Wirtschaft bildet. Die Sanierung der öffentlichen Finanzen muß ohne Abbau der Sozialausgaben möglich sein, denn ein Abbau der Leistungen der Sozialversicherung führt nur zu einer Verelendung im Versicherungsfall und kann unmöglich für die Entwicklung der Wirtschaft günstig sein. Eine sorgfältige Kontrolle aller vorgesehenen öffentlichen Ausgaben, Bekämpfung der Verschwendung in der Verwaltung, Ausschöpfung aller

möglichen Steuerquellen, soweit nicht durch sie eine Hemmung des wirtschaftlichen Aufschwunges zu erwarten ist, müssen Hand in Hand mit einer Verwaltungsreform eine durchgreifende Erleichterung der öffentlichen Lasten ermöglichen. Eine Ersparnis auf dem Gebiete der Sozialversicherung ist nur durch eine Vereinheitlichung der Organisation zu erreichen. Die wichtigste Aufgabe aber bleibt die Wiedereinordnung der Millionen Arbeitslose in den Produktionsprozeß, die sie durch eine zweckmäßigere Organisation der Kreditbeschaffung und Kapitallenkung, durch Aufnahme ausländischer Anleihen für die öffentlichen Körperschaften, durch planmäßige konjunkturpolitische Verteilung der Behördenaufträge und die Durchführung der vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagenen Maßnahmen zur Behebung des Baumarktes erreichen wollen. Alle diese Maßnahmen sind nur durchführbar, wenn eine Senkung des Preisniveaus mit größter Beschleunigung durchgeführt wird. Es genügt nicht, daß nur das industrielle Preisniveau eine Senkung erfährt. Die angestrebte Senkung der Warenpreise muß sich auch im Einzelhandelauswirken; es muß auch eine eindeutige Verminderung der Lebenshaltungskosten eintreten.

Der natürliche Gegensatz der Anschauungen, der sich im Verlaufe der Beratungen immer mehr vertiefte, wurde wesentlich verschärft durch eine Reihe von Ereignissen, die klar zeigten, daß die an den Verhandlungen beteiligten Vertreter der Unternehmer nicht genügend Einfluß auf die praktischen Maßnahmen der Schwerindustrie und auf das Vorgehen ihrer politischen Vertretung, der Deutschen Volkspartei, hatten. Der Schiedspruch von Deynhäusen, der den Lohnabbau zur Voraussetzung des Preisabbaues in der Schwerindustrie machte, besonders seine Verbindlichkeitsklärung, die in der Folge dazu führte, daß die Senkung der Löhne nicht der Verbraucherschaft, sondern als Extraprofit den Unternehmungen zugute kam, zeigten deutlich, mit welcher bedenkenlosen Rücksichtslosigkeit die Schwerindustrie und die beteiligten Organe der Regierung den ursprünglichen Plan der Verhandlungen durchkreuzten. Es wurde bekannt, daß die Schwerindustrie den Reichsfinanzminister Moldenhauer nicht zuletzt deshalb zu Fall brachte, weil er sich nicht darauf einlassen wollte, den Abbau der Löhne und Gehälter durch ein vom Reichstag zu beschließendes Gesetz durchzuführen, das die langfristigen Tarifverträge mit einem Schlag aufheben sollte. In den Beratungen wurde selbst von einigen Unternehmern anerkannt, daß, während die Verhandlungen der Spitzenverbände schwebten, Arbeiterentlassungen nicht stattfinden dürften. Aber nicht nur, daß die Schwerindustrie unbefürmert zu Entlassungen und mit Hilfe der Regierung zu einem weitgehenden Lohn- und Gehaltsabbau schritt; auch der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Herr von Siemens, wandte sich — wie es scheint auch überraschend für die an den Verhandlungen beteiligten Unternehmervertreter — in einem Schreiben an die Reichsregierung, in dem er unter Hinweis auf die kritische Lage der Reichsbahn kurzerhand einen Lohn- und Gehaltsabbau forderte. In diesem Vorgehen liegt System. Auch die Firma Krupp in Essen hat den Antrag auf Entlassung von 7 Proz. ihrer Belegschaft gestellt, ein deutliches Zeichen dafür, daß die Schwerindustrie entschlossen ist, die Arbeitslosigkeit nicht nur nicht zu verhindern, sondern mit allen Mitteln darauf ausgeht, ihr in den letzten Jahren propagiertes Programm zu verwirklichen, nämlich die sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit

unter Ausnutzung der Arbeitslosennot und der Finanzkalamität des Reiches zu beseitigen.

Zu diesen praktischen Maßnahmen der deutschen Schwerindustrie steht das Bekenntnis der an den Beratungen beteiligten Unternehmer zu der sittlichen Verpflichtung, die Notlage ihrer „Arbeitsgenossen“ zu lindern, in schroffem Widerspruch. Die freien Gewerkschaften hielten daher weitere Verhandlungen mit den Unternehmern angesichts der von der Schwerindustrie betriebenen Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Situation für aussichtslos. Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben dementsprechend die Konsequenzen gezogen und betrachten diese Verhandlungen als beendet.

Die Vertreter der Unternehmer konnten sich dem Eindruck der Schwierigkeiten, die den weiteren Verhandlungen entgegenstehen, nicht entziehen, waren aber der Meinung, daß es zweckmäßig sei, an anderer Stelle die Fragen der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit weiter zu besprechen. Man einigte sich schließlich auf folgenden Weg:

„Die Vertreter der Spitzenverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind bei Fortsetzung ihrer Verhandlungen über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu dem Ergebnis gelangt, daß es notwendig sei, diese Fragen im Vorkläufigen Reichswirtschaftsrat, in dem sämtliche Wirtschaftszweige vertreten sind, zu erörtern. Die dazu erforderlichen Schritte sind bereits eingeleitet.“

Die Beschneide-Maschine als Guillotine.

Ein graufiger Vorfall, über den erst jetzt nähere Einzelheiten bekannt werden, spielte sich am 29. November 1929 im Zuchthaus in Celle ab. Er verdient als Kennzeichen der Grausamkeit des modernen Strafvollzuges in weiteren Kreisen bekannt zu werden.

Im Zuchthaus in Celle in Hannover ist eine Buchdruckerei- und Buchbindereiabteilung eingerichtet, in der Strafgefangene, darunter der Pole Anton Ratajczaks, beschäftigt wurden. Am 29. November 1929 bemerkten Mitgefangene während der Frühstückspause, daß Ratajczaks sich an der mit elektrischem Antrieb versehenen Beschneidemaschine beschäftigte und den Presshebel hochdrehte. Dann sah man, wie er blitzschnell den Kopf in die Maschine schob, und ehe jemand hinzuspringen konnte, sauste schon das schwere Messer mit großer Wucht herab und ging ihm vom Nacken bis zur Kinnlade durch. Im nächsten Augenblick rollte der Kopf durch den Saal, während der zuckende Körper von der Platte fiel. Ein Vorgang, wie er in der Selbstmordpraxis wohl einzig dasteht, und so graufig, daß die Mitgefangenen vor Entsetzen laut aufschrien.

Verfolgen wir den Lebens- und Leidensweg des Ratajczaks, dann wird uns verständlich, wie ein Mensch in höchster Qual zu dieser letzten Verzweiflungstat kommen konnte. Anton Ratajczaks wurde 1898 als Sohn einer armen Landarbeiterfamilie in der Nähe von Schneidemühl geboren. Früh wurde er weihnachtsnahe der katholischen Kirche und ebenso früh wurde er durch das Treiben der Priester an der Wahrheit der Religion irre. Er lernte Müller und wurde Soldat. Wer selbst in der wilhelminischen Glanzzeit aktiver Soldat war, weiß aus eigenem Er-

leben, daß Polen, Estländer usw. das Leben durch allerhand Schikanen so schwer als irgend möglich gemacht wurde. So defertierte Ratajczaks, wurde gefaßt und zu drei Jahren Festung verurteilt. Neue, unerhörte Qual Sandtarran schieben, Tag für Tag, hin und her, ohne ersichtlichen Zweck! Dazu Arrest und Hunger! Die Revolution zwang ihn aus der Festungshaft. Mittellos stand er da. Not, Elend und Hunger in verstärktem Maße! Schlechte Gesellschaft und eines Tages stand er Schmiere bei einem Raubüberfall. Er wurde gefaßt und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Von 1925 an saß er in der Strafanstalt Celle.

Er wurde in der Buchbinderei beschäftigt. Als ruhiger, fleißiger Mensch wurde er bald bei den Mitgefangenen und Aufsehern beliebt. In seiner Freizeit lernte er die griechische, englische und französische Sprache. Er las den Homer im Urtext, studierte naturwissenschaftliche und sozialpolitische Werke. Aber er war ein Grübler. Die seelischen Qualen der Gefangenschaft drückten sich in seinem Benehmen und in seinen Gesichtszügen aus. Hinzu kamen die Qualen des modernen Strafvollzuges. Direktor der Strafanstalt war ein früherer Pionierhauptmann, der im Kriege Gefangeneneroberungskommandant gewesen war. Dieser sorgte für schärfste Disziplin. Die Freizeit der Gefangenen war keine Erholung, sondern nervenzerrüttende Qual. Beim Spaziergehen im Hof fünf Schritte Abstand! Wer es wagte zu sprechen, oder sich umzusehen, erhielt Arrest bei Wasser und Brot. Wer den Abstand von fünf Schritten nicht genau einhielt, dem wurden sämtliche Vergünstigungen entzogen. Als einmal beim Spaziergehen die Gefangenen bis auf die Haut durchgerognet waren und sie ihre Sachen zum Trocknen aufgehängt hatten, befohl der Direktor, das Zeug zusammengepackt ins Kleiderfach zu legen. Später mußten sie es nah wieder anziehen. Im kalten, ungeheizten Saal erkrankten alle. Ratajczaks befiel seit derzeit ein schweres Lungeneiden. Bei Beschwerden der Gefangenen an den Strafvollzugspräsidenten in Celle, Munkau, erklärte dieser jedem stereotyp: „Mein Bruder in Christo, wenn Sie mit Ihrem Gott einig wären, würden Sie alles ertragen!“

Der Mensch kann viel ertragen, aber doch nicht alles. Durch die unmenslichen Qualen, die an mittelalterliche Zustände erinnern, kam schließlich Ratajczaks auf den Gedanken, diesem qualvollen Leben ein Ende zu machen.

Grauenvoll die Tat, geschehen im freien Deutschland im Jahre 1929! Wann, wann wird im Menschen der Mensch geachtet werden? Lebje Balsam.

Mitglieder werben heißt: Gewerkschafter erziehen!

Drei Voraussetzungen bedingen die Schlagkraft der Gewerkschaft: die zahlenmäßige Stärke, die Klassenverhältnisse und die Wucht der ideellen Kraft. In unseren Gewerkschaftsversammlungen und Konferenzen messen wir den Aufstieg unserer Organisation an dem Mitgliederzuwachs und den umgesetzten Beitragsmarkten. Doch leider stellen wir zu wenig Untersuchungen darüber an, in welchem Maße jeder Gewerkschafter nach seinem Willen und Können an der Gesamtsumme der getätigten Gewerkschaftsarbeit Anteil hat, ob eine Kollegin oder ein Kollege im Verband nur eine Organisation sieht, die seine materiellen Interessen wahrnehmen soll, oder ob er innerlich mit dem Geist der Gewerkschaft verbunden ist und über jeden egoistischen Gedanken hinaus mit der gesamten Mitgliedschaft wettkämpft, Samenkörner auszustreuen, die die große Ernte für die Arbeiterbewegung vorbereiten.

Die Arbeit, die in den einzelnen Zahlstellen und Ortsgruppen geleistet wird, ist überwiegend individueller Art. Deshalb ist die Stärke der Gewerkschaft nicht allein abhängig von der Größe ihrer Mitgliederzahl, sondern in viel höherem Maße von der Menge der gewerkschaftlichen Erkenntnis, die den Organisationskörper durchpulst. Jede einzelne Kraft, millionenfach vervielfältigt — welche Summe von Idealismus muß sie darstellen, welche gewaltige Schlagkraft, welche immense Agitationsmöglichkeit entfalten können! Je höher das Bildungsniveau der Gesamtmitgliedschaft, um so widerstandsfähiger die Organisation in Zeiten wirtschaftlicher Depressionen.

Deshalb muß es unsere Aufgabe mehr als je sein, zu werben und zu erziehen. Mitglieder zu

werben ist noch nicht das schwerste, schwerer ist es, die gewonnenen Mitglieder zu guten Gewerkschaftern zu erziehen. Der Mangel an Funktionen kann nur gehoben werden, wenn das geistige Wachstum der Organisation gefördert wird. Halten wir einmal eine Umfrage, was die Mitglieder eigentlich von Gewerkschaftskampf und Arbeiterbewegung im großen und kleinen überhaupt wissen, das Ergebnis wird sehr enttäuschen. Also füllen wir diese Lücke aus, schärfen wir unser Geisteswert, und auch die Fluktuation innerhalb unseres Mitgliederkreises wird verschwinden. Sie rührt einestheils auch daher, daß besonders in den Werbewochen viel Flugand in die Organisation kommt, Flugand, der gewonnen und aufgenommen für die Gewerkschaft ein papierner Erfolg bleibt, und ohne weitere gewerkschaftliche Fortbildung und festem Zusammenhalt nach und nach wieder abbröckelt. Wir haben nur einige hundert Mitglieder mehr, die das Grundprinzip der Solidarität nicht anerkennen.

Der klassenbewusste Arbeiter schöpft aus den Wirtschaftsnöten der gegenwärtigen Zeit neuen Kampfeswillen gegen das kapitalistische System, das er tagtäglich den Beweis seiner Unfähigkeit erbringen sieht, den breiten Massen Arbeit und Lebensgüter zu verschaffen. Unsere Aufgabe muß es sein, das Mißtrauen der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen das anarchische Wirtschaftssystem in zielklare Feindschaft zu verwandeln. Dann werden die Massen aus dem Born der gewerkschaftlichen Erkenntnis hundertfältige Kraft schöpfen. Sorgen wir dafür, daß marxistische und gewerkschaftliche Erkenntnis Gemeingut aller Mitglieder wird, dann schaffen wir den neuen Menschen, die Voraussetzung für die neue Zukunft.

C. Gauditz, Chemnitz.

Die Ruhrzechen schreien nach Staatshilfe!

Keine Gruppe wehrt sich so gegen die Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsgetriebe, als die Herren von Kohle und Eisen. Dies gilt jedoch nur, wenn ihnen daraus kein Vorteil erwächst. Anders ist es dagegen in den Fällen, die den Unternehmern nützen können. Dann weiß man sich wohl der Macht des Staates zu erinnern.

Seit Wochen wird um das Zustandekommen des Ruhrkohlsyndikats verhandelt. Wie auch zu früheren Zeiten sind die Kohlenzechen und Konzerne nicht so ohne weiteres unter einen Hut zu bringen. Mehr als 90 Proz. sollen den neuen Syndikatsvertrag zu unterschreiben bereit sein. Ein Syndikat ist jedoch nur dann von Vorteil, wenn alle Unternehmungen Mitglied sind. Dem Reichswirtschaftsminister war die Entscheidung überlassen. Dieser hat jedoch die Bildung eines Zwangssyndikats abgelehnt und den Zechen aufgegeben, noch einmal zu verhandeln. Darob ist man in der Zechenmehrheit sehr erboßt. Der Staat soll das bringen, was Verhandlungskünfte nicht zu schaffen vermochten.

Wenn wir auch durchaus der Meinung sind, daß ein syndikaltofer Zustand nicht erwünscht ist, dann gilt es jedoch festzuhalten, daß die Ruhrherren die Möglichkeit des Staatseingriffs in das Wirtschaftsleben als notwendig erachten.



Zur Unterhaltung

Kampf mit dem Bären.

Von Alexander von Sacher-Masoch.

„Domme! Heu“, murmelte der alte Petrovich, als die Gestalt des Hirten vor dem einzigen handteller-großen Fenster der kleinen Schmittschele sichtbar wurde. „Herrgott, hat der Kerl breite Schultern!“

Der Schafftäfelhändler trat vor die Hütte. „Gott beschütze dich, Lupuj“, rief er dem Hirten zu, der, in seine Bunda gehüllt, langsam und schwerfällig den Saumpfad der Muntje aufwärtsstapfte.

„Ich grüße dich, Väterchen!“ Lupuj zwinkerte dem Alten unter seinen ersten Brauen lustig zu. Er war in gehobener Stimmung. Der Zuka (doppelt gebrannter Zweifelhenschnaps), den er drunten im Tale in Moische Igels Gastwirtschaft genenigt hatte, brannte ihm angenehm im Magen. Die Lammfellmütze sah ihm etwas schief auf dem Kopf und sein linkes Schnurrbartende stach unternehmend in die Luft. Das rechte hingegen baumelte wie gewöhnlich melancholisch abwärts.

Ein ganz dünner, kaum spürbarer Wind strich durch das Berggras, streifte Lupuj's Gesicht und verlor sich rechts im Nadelwäldchen. Ein feiner, singender Ton drang an das Ohr des Hirten, kaum wahrnehmbar für gewöhnliche Sterbliche.

„Es wird Zeit, die Schafe abzutreiben“, dachte Lupuj, „der Herbst kommt.“

Und jerner dachte er: „Wir haben Vollmond heute, das kann eine lustige Nacht werden.“

Er befohl die neu geschliffene Schneide der Axt in seinem Gürtel: „Es könnte sein, daß Medwe heute kommt.“

In der Dämmerung flammten ringsum an den Höhen die Hirtenfeuer auf wie rote Fackeln. Gegen neun Uhr erreichte Lupuj die Hürde. Pawel, der zweite Hirt, briet Speck an einem langen Holzspieß und fing das niederträufelnde Fett kunstgerecht in einer ausgehöhlten Brotkruste auf. Pawel war ein junger siebzehnjähriger Bursche mit unverhältnismäßig langen Armen und Beinen und stauweichem Barthaar im Gesicht. Er hochte mit untergeschlagenen Beinen da, seine ganze Aufmerksamkeit galt der knusprigen Mahlzeit und er verzehrte Speck und Schafftäfel unter lautem Schmatzen und allen Anzeichen des Wohlbehagens. Lupuj grüßte und machte sich dann an der Umzäunung der Hürde zu schaffen, sah nach den Tieren und summete ein lautes, kleines Lied vor sich hin, das er drunten in Igels Gastwirtschaft von einem Viehhändler gelernt hatte.

Es wäre an diesem Abend nie zu dem vielgerühmten Kampf mit dem Bären gekommen, hätte nicht Pawel von Speck und Schafftäfel zu viel des Guten genossen. (Wie es sich später herausstellte, war es seine letzte Mahlzeit.) Der gemeine Ueberrnutsteufel packte ihn nämlich als Medwe, der große, schwarze Muntjebär gegen 11 Uhr friedlich und in der besten Absicht, Hirt und Herde unbehelligt zu lassen, vorbeitrotzte, sprang Pawel aus dem kurzen Verdauungsschlaf auf und stellte sich dem Bären in den Weg.

Sicher war Pawel in jenem Augenblick nicht ganz richtig im Kopfe, denn er hüpfte wie ein Ziegenbock auf und nieder und ahnte das Gebrumm des Bären nach. Medwe blieb erstaunt stehen, setzte sich auf die Hintertatzen und wiegte sich hin und her. Der Mond

stand hell am Himmel, Pawel hüpfte brummend und der Bär wartete. Medwe wartete in seiner Gutmütigkeit eine Weile, dann aber erinnerte er sich an gewisse Pflichten, die er noch in dieser Nacht zu erfüllen hatte. Nun erhob er sich von den Hinterbeinen und brummte ebenfalls. Es war ein freundliches, ermunterndes Brummen und wollte etwa sagen: „Es war sehr nett, Pawel, aber ich muß jetzt fort, denn ich habe zu tun. Geh also deiner Wege und lasse mich vorbei. Denn gerade dort, wo du stehst, ist auch der Weg, den ich gehen muß. Brumm, Brumm!“

In diesem Augenblick erblickte Lupuj die Szene und rief Pawel zu, ungefümt den Rückzug zu ergreifen. Aber gerade das schien Pawels Ehrgefühl auf das Empfindlichste zu treffen und so rührte er sich nicht von dem Fleck und fuhr fort, zu brummen und zu hüpfen. Medwe hatte nun tatsächlich keine Zeit mehr, er bewegte sich also vorwärts und legte mit der Vorderhand das widerspenstige Hindernis aus seinem Gesichtsfeld fort, ohne zu vermuten, daß er sich dadurch Lupuj's weitaus gefährlichere Feindschaft auf den Hals lud.

Sein Lagenhieb hatte nämlich zur Folge, daß Pawel einige Schritt weit über den Rasen tollerte, wo er, ohne einen Laut von sich zu geben, mit zertrümmertem Hinterkopf liegen blieb. Tod natürlich. Medwe trottelte nahe an den Körper heran, schnupperte ein wenig, hob dann den Kopf und stieß ein erstauntes Brummen aus.

„Schon wieder einer“, dachte er vermutlich.

Doch er hatte nicht viel Zeit, darüber nachzudenken, welcher Art dieser neue Widerjäger wohl sein mochte, denn Lupuj war ein Mann der Tat und ging gleich aufs Ganze. Er holte mit der verkehrten Axt aus und sie klatschte dumpf auf Medwes Schnauze nieder. O weh! Es war gerade die empfindlichste Stelle. Nun brüllte der Bär auf und stürzte sich blindwütend auf seinen Angreifer. Lupuj wich geschickt zur Seite, schwang die Axt und traf Medwe an der linken Schulter. Der Bär war ein großer, schwarzer Kerl, aber er taumelte unter der Wucht des Schlags.

„So einer bist du“, dachte er sich und sein zweiter Angriff kam ebenso vorsichtig als unerwartet. Lupuj erhielt einen Lagenhieb auf den linken Oberschenkel, daß alle Sterne, die über der Muntje standen, plötzlich Sora zu tanzen begannen. Er brach ins Knie, sprang aber gleich wieder auf und die Axt sauste diesmal mit der Schneide tief zwischen Medwes Schulterblätter hinein. Das war so gut getroffen, denn Medwe röchelte wie ein Ertrinkender. Doch seine Kraft war noch nicht erschöpft. Das Blut träufelte in seine kleinen, zornfunkelnden Augen und er legte mit einer blitzschnellen Wendung Lupuj's Axt zum Teufel, so daß der Hirt jetzt der Bestie mit bloßen Händen gegenüberstand. Zwar blieb ihm das Messer, aber



er fand jetzt keine Zeit, es aus dem Stiefelschaft zu ziehen, denn es folgte der letzte, verzweifelte Angriff des todwunden Tieres. Lupuj wich aus, so gut er konnte, stieß mit beiden Fäusten zu, trat mit dem rechten, heilgebliebenen Bein mitten ins Weiche, aber dann spürte er

die zwei eisernen Kammern der Bärenhaken um seine Schultern.

„Es ist aus“, dachte Lupuj, „aber ich will dir noch zeigen, wer ich bin, du verdammter Kerl.“

Er griff mit den Händen auswärts und umklammerte die göttige Kehle des Tieres. Und dann spannte er alle seine Kräfte an, selbst keuchend unter der immer enger werdenden Umklammerung des Bären. Und er brachte es fertig, Medwes Kopf so weit nach rückwärts zu drücken, daß der Bär — allerdings unter Mitnahme einiger Fleischstücke — gezwungen war, den Druck der Lagen zu lockern. Das Messer war im Nu aus dem Stiefelschaft und saß auch schon eine Sekunde darauf an der richtigen Stelle.

Medwes kolossaler Körper erbebt, ein trauriger, müder Ausdruck umschleierte die eben noch so zornig funkelnden Augen und er sank rücklings zu Boden, einige Schritte über den Fang tollern. wo er neben Pawels Leichnam unbeweglich liegen blieb.

In den ersten Morgenstunden wurde Lupuj vom Händler Petrovich, bis zu dessen Tür er sich mühsam fortgeschleppt hatte, aufgefunden und von hier in das einzige Spital der kleinen Ortschaft Karan gebracht. Der Arzt nähte mehrere Stunden lang an ihm herum und zweifelte sehr an seinem Aufstehen. Lupuj schien über diesen Punkt anders zu denken, denn am dritten Tag verließ er ohne fremde Hilfe das Bett, kleidete sich an und trat auf die Straße. Er war etwas bleich und hinkte. Natürlich war diese ganze Art ganz wider alle Gesetze der Krankenfürsorge und der Wärter kam ihm unter Flüchen und drohendem Geschrei auf die Straße nachgelaufen.

„Es ist schon richtig, Domme“, sagte Lupuj mit demüthiger Stimme. „Natürlich mußst du zuerst in das Buch einschreiben, wie es um mich steht, damit ich ganz gesund werden kann. Aber dort droben liegt so ein armer Kerl, den ich noch begraben soll. Und dann muß ich mir das Fell holen, sonst wird es mir gestohlen, wie du genau weißt, Herr.“

Am Abend des dritten Tages war Lupuj wieder in der Muntje, begrub Pawel und holte sich das Fell.

Kurz und bündig.

Von einer Zeitung wurde kürzlich nachstehende kleine Geschichte aufgeführt:

Vor Jahren, in der guten alten Zeit, regierte in Bremen ein Bürgermeister, der wegen seiner Strenge und Gerechtigkeit ebenso wie seiner Worttargheit berühmt war. Dieser würdige Mann hatte mehrere Tage hintereinander auf dem morgendlichen Wege zum Amte bemerkt, wie zwei Straßensieger beleinanderstanden und, anstatt ihres Dienstes zu gedenken, sich eifrig miteinander unterhielten.

Als der Bürgermeister wieder einmal die beiden Arbeiter bei solcher gemüthlichen Morgensprache überraschte, rief er kurzerhand einen in der Nähe befindlichen Polizisten heran, wies auf die beiden Tagelöhne hin und sagte:

„Dree Dog!“

Der Polizist machte sich daran, die beiden Leute abzuführen, aber diese waren sehr erstaunt, wollten Widerstand leisten und bemerkten:

„Wi hewt doch nig dohn!“

Der Hüter der Gerechtigkeit blickte fragend auf das Stadtoberhaupt, um dessen Entscheidung abzuwarten. Der Bürgermeister aber nickte mit dem Kopf und sagte nur:

„Dardm!“

Trotz aller Kürze fehlte der Rede dieses Bürgermeisters nichts an Deutlichkeit.

Für unsere Kolleginnen



Auch du erschaffst der Freiheit Licht...

Vom Wegrand bis zum Armengrab
gehst du genau den gleichen Erab wie wir.

Dein Tagwerk ist wie unfres schwer,
und Hunger leidest du so sehr wie wir.

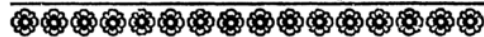
Und bist du alt, so gehst du krumm
mit einem Bettelsack herum wie wir.

Auch du erschaffst der Freiheit Licht,
gäbtest gern der Welt ein neu Gesicht wie wir.

Doch wer den neuen Tag will sehn,
der muß dafür im Kampfe stehn wie wir.

Und hat nichts andres mehr im Sinn,
und stellt sich nicht daneben hin wie du.

Erich Grijar.



Bernard Shaw und August Bebel zur Frauenfrage.

Einst sprach Karl Marx, der Stern unter den größten der großen Männer des neunzehnten Jahrhunderts: „Dichter sind tomische Käuze!“ Diese Worte passen exakt auf den großen Dichter und Dramatiker des modernen Englands: Bernard Shaw. Dichter haben nun einmal das Privilegium, mehr sagen zu dürfen als andere Leute. Bernard Shaw hat sich schon häufig in der Rolle eines Enfant terrible gefallen, ohne daß ihm seine Seitensprünge verargt wurden. Er ist der große Zyniker, dem nichts heilig scheint.

In seinem auch in der deutschen Sprache erschienenen Buch „Wegweiser der intelligenten Frau zum Sozialismus“ befaßt sich Bernard Shaw in seiner beißenden Form auch mit der Frauenfrage. Freilich kann ohne Umschweife zugegeben werden, Shaw spricht stets „zum Thema“, er verwirrt nie die zur Diskussion stehenden Probleme. Nennt die Dinge beim richtigen Namen. So sagt er an einer Stelle seines Buches:

„Ein junges Mädchen, das seinen Beruf als vorübergehende Erscheinung betrachtet, den es nur so lange ausübt, bis es den passenden Mann gefunden, wird nie in der Lage sein, so tüchtig im Beruf zu werden wie der Mann.“

Von diesem Standpunkt aus betrachtet, erhält die Frauenfrage freilich eine ganz andere Bedeutung, als den Freunden der Frauenemanzipation lieb sein kann. Auch die gewerkschaftliche Forderung „gleicher Lohn für gleiche Leistung“ erhält durch diese Shawsche Weisheit eine gewisse Einschränkung. Denn wenn die unverheiratete Frau ihren erwählten Beruf nur als Nebenbesache, als Notbehelf betrachtet, bis sie in den Hafen der Ehe landet, dann ist schon die „gleiche Leistung“ schwerer erreichbar.

August Bebel, der mit Recht auch als Pionier der Frauenemanzipation gilt, spricht in seinem grundlegenden Buche „Die Frau und der So-

zialismus“ mit Verachtung von John Steward Mill, dem großen englischen Volkswirtschaftler, der sich, immerhin einige Jahre vor Bebel, zum Befürworter des Frauenwahlrechts bekannte, weil er ein Buch unter dem Titel „Die Hörigkeit der Frau“ erscheinen ließ. John Steward Mill vertrat nun freilich ähnliche Ansichten, die heute von Bernard Shaw vertreten werden. Shaw schreibt:

„... das Tragen und Erziehen der Kinder einschließlich des Führens des Haushalts ist das natürliche Monopol des Weibes. Gehören doch auch diese Dinge zu den wichtigsten Funktionen des menschlichen Geschlechts. Sie geben dem Weibe eine Bedeutung, die sie in keiner anderen Profession erreichen kann und wozu der Mann unfähig ist. Insofern das Sklaverei ist, ist sie eine Naturerscheinung und keine künstlich von den Männern errichtete Einrichtung. Durch diese natürliche Arbeitsteilung wird der Mann in Wahrheit an das Weib gebunden, es entsteht eine Männerfrage und nicht, wie sonderbarerweise gesagt wird, „eine Frauenfrage“.“

Hier haben wir den Shawismus, der sich in seinem Theaterstück „Mensch und Uebermensch“ so drastisch ausdrückt, in seiner nacktesten Gestalt. Shaw, der einundsiebzigjährige, blieb Junggeselle, er ist ein verbissener Weiberfeind, der nicht von der fixen Idee loskommt, die Eva-tochter sei von Natur aus dazu geschaffen, den Mann — nach ihm das wirklich schwache Geschlecht — zu verführen und in die Falle zu locken.

Eine ganz andere Auffassung vertritt freilich unser August Bebel in seinem Buche. Er schreibt:

„Das weibliche Geschlecht in seiner Masse leidet in doppelter Beziehung: es leidet einmal unter der sozialen und gesellschaftlichen Abhängigkeit von der Männerwelt, und diese wird durch formale Gleichberechtigung vor den Gesetzen und in den Rechten zwar gemildert, aber nicht beseitigt, und durch die ökonomische Abhängigkeit, in der sich die Frauen im allgemeinen und die proletarischen Frauen im besonderen gleich der proletarischen Männerwelt befinden.“

Diese Worte schrieb Bebel lange vor dem Kriege nieder. Seitdem hat sich gar vieles geändert. In Deutschland wurde die Republik und die Demokratie verwirklicht. In der jetzigen Reichsverfassung heißt es im Artikel 109: „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“

Es besteht also die politische Gleichberechtigung der Geschlechter, was besonders beim Frauenwahlrecht sinngemäß zum Ausdruck kommt. Außerdem bestanden die Gewerkschaften bei Abfassung des Betriebsrätegesetzes darauf, auch im Betrieb die Gleichheit der Geschlechter zur Anerkennung zu bringen. Es heißt deshalb im § 81:

Die Einstellung eines Arbeitnehmers „dürfe nicht von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht abhängig gemacht werden“.

Arbeiterinnen haben im Betriebsrat die gleichen Rechte und Pflichten wie die Arbeiter. Ob sie die Rechte und Pflichten auch stets ausüben, das freilich steht auf einem anderen Blatt. Sehr häufig erweckt es den Anschein, als ob es der großen Mehrzahl der Frauen schwer fällt, sich wirklich frei zu betätigen. Sollte der große Späßvogel Bernard Shaw wirklich recht haben mit seiner Behauptung, das Weib stehe von Natur aus in einer Art Hörigkeitsverhältnis zum Manne, aus der sie sich durch allerlei Tricks zu entwinden suche?

Die Klagen so vieler männlicher Betriebsräte, daß es manchmal schwer halte, die Frauen im Betrieb zur Wahrung ihrer eigenen Interessen anzuspornen, sind aber wirklich nicht aus der Luft gegriffen. Gewiß mag etwas an der Klage dran sein, manche Männer verstanden es nicht, ihre Kameradinnen mit dem nötigen Takt anzufassen. Ob das aber immer einzig und allein Schuld der Kollegen ist?

Als die sozialistischen Männer zuerst den Kampf um die Befreiung alles dessen, was da Menschenanständig trägt, aufnahmen, stellten sie die Parole auf: „Die Befreiung der Arbeiterklasse müsse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“ Das gilt ganz besonders auch für die Frau aus den Ketten gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, politischer und kultureller Bedrückung. „Nur der verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erkämpfen muß“, sagte ein deutscher Klassiker. Auch das gilt für die Frau. In ihr selbst muß das Gefühl viel stärker werden, daß sie gleichberechtigt neben dem Manne stehen muß. Die Gewerkschaften haben alles getan, um die politische Gleichberechtigung der Frau in die Praxis umzusetzen; an der Frau liegt es nun, auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu erringen. Freilich gab die Natur dem Weibe ganz andere Funktionen als dem Manne. Deshalb stimmt auch Bebel mit Shaw darin überein, „daß das Tragen und Erziehen der Kinder, das Führen des Haushalts das ureigenste Gebiet der Frau sei“, aber die wirtschaftlichen Verhältnisse zerstören nur zu häufig diese natürlichen Eigenschaften des Weibes oder erschweren sie wenigstens ganz erheblich. Wie viele Frauen werden zur Erhaltung von Heim und Familie zum Mitverdienen gezwungen, und das trotz der Kinder, die der Pflege bedürfen. Die Sache ist also die: die Natur bestimmt das Weib zur Mutter, doch die gesellschaftlichen Verhältnisse machen sie zur Fabrikklavin. Hierin liegt der große Widerspruch, der die Frauenfrage erzeugen mußte. Die Frau wird durch die Verhältnisse gezwungen, im Wirtschaftsprogramm tätig zu sein. Darum ist sie nicht nur Weib und Mutter, sondern auch Arbeiterin, und ihr Platz ist in der Gewerkschaft, um Schulter an Schulter mit dem Manne für die Verbesserung der Wirtschaftslage zu kämpfen. Es ist ein Trugschluß, wenn so viele junge Kolleginnen den Beruf nur als vorübergehende Erscheinung betrachten, was sich nach der Verheiratung häufig genug schwer rächt. Darum, Kolleginnen, aufgewacht und erkennet auch eure Macht.

W. Weingart.

Wie Leni zur Organisation kam.

Sie hatte eine harte Lehre durchgemacht, die Leni. Hundertmal war sie von ihrer Freundin davor gewarnt worden, ihre ganze Zeit im Kino oder im Tanzsaal zu verbringen und sich jedem an den Hals zu werfen, der ihr zufällig einmal den Hof machte. Sie hatte nichts darum gegeben. Plötzlich sah sie da, kaum ein halbes Jahr verheiratet, in Hoffnung auf ein Kind und — ihr Mann weg über alle Berge. Sie konnte einem leid tun damals, wirklich, so jung und soviel Enttäuschung.

Es war zwar nicht nur ihr eheliches Mißgeschick an sich, was mir Mitleid abgerungen hatte, Gott, ich kannte noch mehr ähnliche Fälle hier in der Stadt. Doch bei der Leni, das war eben so ein eigener Fall.

Sie wohnte bei uns im Hause oben, wo sie von einer Familie ein möbliertes Zimmer gemietet hatte, zwei Jahre lang. Sie war sehr beliebt bei allen Hausbewohnern wegen ihrer Freundlichkeit gegenüber jung und alt. Bei mir war sie oft zu Besuch. Vorübergehend, so gelegentlich mit ihrer Freundin, die ich sehr gut kannte aus meiner Tätigkeit für die Organisation. Ich kassiere da des öfteren Beiträge ein für meinen Mann, wenn er durch andere Arbeiten zu sehr überlastet ist. Und hierbei lernte ich die Freundin der Leni, Fräulein Bellmann, kennen. Fräulein Bellmann war nämlich auch Beitragskassiererin in ihrer Organisation.

Leni war eine Arbeitskollegin von Fräulein Bellmann. Ich erfuhr das aber erst später. Zuerst wußte ich nur, daß Leni in der gleichen Branche tätig war mit Fräulein Bellmann, die aber nie zu Leni kam, um Beiträge zu kassieren, obwohl sie doch in ihrem Kassierbezirk wohnte.

„Die ist ja nicht organisiert,“ sagte mir Fräulein Bellmann, als ich sie eines Tages fragte, ob sie denn nicht auch bei Leni kassieren wollte.

„Aber dann sehen Sie doch, daß sie das bald nachholt. Wenn Sie sie nicht gut genug kennen, dann kommen Sie doch einmal zu mir, ich werde mit Ihnen zu ihr gehen.“

„Ach Gott,“ sagt Fräulein Bellmann, „das hat ja keinen Zweck. Sehen Sie, Leni und ich arbeiten ja zusammen und — ich kann es Ihnen ja nicht mehr verschweigen — wir sind sogar sehr gute Freundinnen. Und ich habe ihr gleich gesagt, als sie in Ihrem Hause die Wohnung bezog, daß ich sie niemals dort besuchen würde, weil ich mich zu sehr vor Ihnen schämen möchte, wenn Sie dort erfahren würden, daß ich ihre Freundin sei und als Beitragskassiererin nicht soviel vermöchte, sie als Mitglied zu gewinnen. Was meinen Sie, was sie mir zur Antwort gab? Sie sagt ganz einfach: „Dann komme ich halt zu dir.“

„Das gleicht dem Mädel,“ sagte ich, „denn die ist tatsächlich so leicht über alles weg, wie ihr ganzes Benehmen verrät. Aber wissen Sie was, Fräulein Bellmann, besuchen Sie ruhig Ihre Freundin und bringen Sie sie gelegentlich mal mit zu mir in die Wohnung, vielleicht schaffen wir beide es zusammen.“

Fräulein Bellmann war erfreut hierüber und folgte meinem Rat, aber — wir haben es nicht geschafft. Leni blieb bei ihrer Meinung, daß die Organisation nichts für ein junges Mädchen sei. Sie war keineswegs gewerkschaftsfeindlich. Aber sie war zu oberflächlich und konnte dem Organisiertsein gar keinen Sinn abgewinnen, so sehr wir ihr alles auseinandersetzten. Sie hörte immer nur mit halbem Ohr zu und ihre Antworten leiteten stets über auf Kino, Tanzsaal, Kavallerie usw.

„Du rennst ins Unglück, Leni,“ sagte ihr dann oft Fräulein Bellmann. „Du hast nur das hohle Geschwätz im Kopf von den jungen Herren im Tanzcafé, die ebenfalls von Organisation und Politik nichts verstehen. Das sind Egoisten, die keine Achtung haben vor einem berufstätigen Mädel.“

Leni aber lachte nur über solche Warnungen und pflegte zu sagen: „Ach, Menne!“ — so hieß Fräulein Bellmann mit Vornamen — „du redest ja wie ne alte Großmutter. So einen wie du poufferst, möchte ich schon überhaupt nicht. Immer Versammlungen, Sitzungen, — und du bist ja auch schon so verflüzt. Von wegen Herumlaufen und Beiträge kassieren, hal hal hal! Dann schon lieber, du weißt ja, so tralala tralala im Café Korso; also mach 'n Punkt, Anne, geht.“

Und wirklich, ich selbst habe es dann auch so nach und nach aufgegeben, besonders, als gar nicht lange nachher die Leni mit einem „Kavaller“ zum Ständesamt wanderte und die Ehe einging. Auch „Er“ war

unorganisiert, was ich gar bald festgestellt hatte. Von Organisation wollte er nichts wissen und nannte, als ich einmal das Gespräch darauf brachte, in einer Viertelstunde mindestens zehnmal die Worte „nationale Belange“. Da hatte ich genug. Leni schien zwar sehr stolz darauf zu sein, denn sie nickte jedesmal bei diesen beiden Worten verständnisvoll, um wahrscheinlich damit zu beweisen, daß sie in der Ehe vernünftig sein wolle und auch schon etwas von der Politik ihres Mannes verstehe. Sie bewohnte immer noch das möblierte Zimmer oben im Hause.

Fräulein Bellmann kam auch schon eine Zeitlang nicht mehr. Sie hatte sich ebenfalls verheiratet mit einem Funktionär ihrer Organisation und beide hatten ein äußerst glückliches Zusammenleben, das sie sich nicht flören lassen wollten durch den Zerger, den sie mit einem Besuch bei Leni jedesmal erfahren hätten, wenn sie das öde Gerede von Lenis Mann hätten hören müssen. Die Arbeit selbst hatte Leni gleich nach ihrer Heirat aufgegeben.

So wußten wir eigentlich eine Zeitlang überhaupt nicht, wie es mit Leni und ihrem Eheglück bestellt sei, bis wir eines Tages etwas unerwartet wieder mit ihr zusammentrafen. Menne und ihr Mann waren gerade bei uns zu Besuch, als es heftig klingelte, und als ich die Tür öffnete, Leni weinend und hilflos auf mich zuwankte.

„Um Gotteswillen, Leni, was ist?“
„S ist aus,“ stieß sie hervor, „er ist weg. Er war ein Hochkopf, ein Egoist, ein Trottel, ach Gott — Menne — wie hast du recht gehabt. Ich war nicht ganz geschick“ — sie war zu Menne gefahren — „jeht verstehe ich dich erst und weiß, was du mich lehren wolltest, ach, Menne.“ — Sie warf sich auf einen Stuhl und schluchzte herzzerstörend.

„Aber, Leni, was ist denn?“ sagte Menne, die mit ihrem Wanne aufgesprungen war und nun mit ihm und mir bei Lenis Stuhl stand und ihr das Haar streichelte.

Es dauerte lange, bis sich Leni einigermaßen gefaßt hatte. Da erzählte sie stotternd und weinend, wie es die ersten Wochen ganz gut ging, dann aber ihr Mann immer weniger zu Hause war, was immer schon viel Zwistigkeiten gebracht hätte. Vor 14 Tagen aber wäre das Unglück gekommen. Ihr Mann wäre plötzlich aus seiner Stellung entlassen worden. Ein wichtiger Grund wäre die Ursache gewesen, wenigstens wie er erzählte.

„Ja, hat er denn nicht gleich sein Recht verteidigt?“ fragte Menne.

„Ach, der wußte ja gar nicht, was er dagegen machen könnte. Organisiert war er ja doch nicht und allein wußte er nicht, wie er die Sache betreiben sollte.“

„Und nun?“
„Jetzt ist er weg, hat mich einfach sitzen lassen. Da, hier ist ein Brief von ihm, er will ins Ausland. Gott, Menne, was mach ich da nur?“ Leni weinte von neuem heftig.

„Beruhige dich,“ sagte Menne, „ich werde mit unserem Prinzipal schon reden. Du weißt, ich bin dort im Betriebsrat und habe meine Beschäftigung noch nicht aufgegeben, ich hoffe sicher, dich wieder dort in Stellung zu bringen. Die Kolleginnen werden ja murren, denn —“

„Eine Unorganisierte, nicht wahr,“ warf Leni ein, „verdient das nicht, du hast recht, Menne, tausendmal recht. Ich habe das schon lange eingesehen in meiner Ehe und ich schäme mich heute dafür, daß ich früher so gedankenlos und oberflächlich durchs Leben getaumelt bin. Ich habe es an mir erfahren und an meinem Manne, daß unorganisierte Arbeiter nur halbe Menschen sind. Ich war ein dummes Schaf und mein Mann ein Trottel. Oh, heute sehe ich das ein. Wie steht du da, Menne, und dein Mann, so selbstsicher, so selbstverständlich ist auch das Leben, Ihr könnt ihm einen Sinn abgewinnen; ach, ich weiß, du hast mich früher schon das alles lehren wollen, heute begreife ich es, Menne.“

„So ist es leider bei dem größten Teil der Werttätigen, daß sie die Bedeutung der Organisation nicht begreifen wollen,“ sagte Menne, „aber beruhige dich, wir werden dich nicht im Stich lassen.“

Wir redeten dann noch lange der Leni Trost zu, und es gelang Menne, sie wieder in Stellung zu bringen; zwar nur auf die Weise, daß sie selbst ihre Stellung aufgab und der Leni Platz machte.

Das hatte die Leni am meisten verwundert, und sie ließ es sich nicht nehmen, daß sie nun auch in der Organisationsarbeit der Menne nachfolgen müsse.

Zwar konnte sie nicht gleich Beitragstassiererin werden, weil sie noch zu jung in der Organisationsbewegung war. Aber immer war sie dabei, wenn Menne kassieren ging und unermüdet trieb sie mit dieser Agitation, wobei sie großen Erfolg hatte. Gar bald wurde sie deshalb von der Filialleitung anerkannt und auf Wunsch von Menne mit deren Funktion betraut.

Heute gibt es keine bessere Helferin in der Kleinarbeit für die Organisation als Leni. Ihr früheres Mißgeschick hat sie völlig vergessen und sie hat nur einen Kummer, daß sie nicht begreifen kann, wie sie früher so dumm sein konnte dem Organisationsgedanken gegenüber und daß es überhaupt noch Arbeiter und Arbeiterinnen gibt, die unorganisiert sind dem reinen Zufall des Lebens auszuliefern.

L. J. B.

Stillegeld auch nach dem Tode der Wöchnerin.

Neben den sonstigen Leistungen der reichsgesetzlichen Wochenhilfe haben die Krankenkassen auch Stillegeld zu gewähren. Während die übrigen Leistungen bei jeder Niedertunft (Entbindung) gewährt werden, ist Stillegeld nur dann zu geben, wenn die junge Mutter das Kind selbst stillt. Es ist beispielsweise nicht zu zahlen, wenn die Mutter an Stelle ihres eigenen Kindes fremde Kinder stillt. Weiter ist es natürlich auch dann nicht zu zahlen, wenn die Mutter ihr Kind durch eine andere Person stillen läßt. Durch Vorlegen von Bescheinigungen der Säuglingsfürsorgestellen, der Ärzte oder der Hebammen muß die Mutter der Kasse gegenüber den Nachweis erbringen, daß der Säugling von ihr selbst gestillt worden ist bzw. gestillt wird.

Es sind nun leider die Fälle nicht selten, in denen die Wöchnerin während oder nach der Entbindung stirbt. Nach dem Wortlaut der gesetzlichen Bestimmung kann dann Stillegeld nicht weitergewährt werden, da ja die Verstorbene nicht mehr stillen kann. Für derartige Fälle hat der Gesetzgeber jedoch eine andere Bestimmung geschaffen. Dieselbe lautet: „Stirbt eine Wöchnerin bei der Entbindung oder während der Zeit der Unterstützungsberechtigung, so werden die noch verbleibenden Beträge an Wochen- und Stillegeld bis zum Jahungsgemäßen Ende der Bezugszeit an denjenigen gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt.“ Jeder Leser dieses Gesetzestextes wird nun annehmen, daß das Stillegeld auch nach dem Tode der Wöchnerin weiter zu zahlen ist. So einfach sind nun weder die deutschen Gesetze auszulegen, noch bewegt sich so einfach und verständlich die Rechtsprechung. Der bekannte Kommentar zur Wochenhilfe von Dr. Jaeger schreibt über die Auslegung dieser Gesetzesvorschrift: „Das Stillegeld ist, wenn die Verstorbene bei der Entbindung stirbt, auf jeden Fall zu zahlen, da bis zum, hier nicht zu erbringenden Beweis des Gegenteils angenommen werden muß, daß die Verstorbene ihr Kind gestillt hätte. Erfolgt das Ableben jedoch erst während der Zeit der Unterstützungsberechtigung, so kann eine Fortzahlung des Stillegeldes nur dann in Frage kommen, wenn die verstorbene Mutter ihr Kind bis zum Tode abgestillt oder wenigstens noch so kurz vorher gestillt hat, daß bei ihrem Weiterleben voraussichtlich nicht ein Abbruch, sondern nur eine Unterbrechung der Stillfähigkeit vorgelegen hätte.“

Nach dieser Auslegung ist also das Stillegeld auf jeden Fall dann zu zahlen, wenn die Schwangere beim Geburtsvorgang stirbt. Man nimmt dann an, daß die Wöchnerin das Kind gestillt hätte, wenn sie am Leben geblieben wäre. Die Rechtslage wird dann anders, wenn die Wöchnerin nach der Geburt, jedoch noch während des Leistungsbezuges der Wochenhilfe, abblebt. In diesem Falle wird das Stillegeld nur dann nach dem Tode gewährt, wenn die Wöchnerin bis zu ihrem Ableben oder wenigstens bis kurz vor demselben das Kind gestillt hat. Ist dies nicht der Fall gewesen, dann wird das Stillegeld nicht weitergezahlt.

Stillegeld und Wochengeld werden nach dem Tode der Wöchnerin an den gezahlt, der das Kind „unterhält“. In Frage kommt hier nur der, der das Kind auch wirklich unterhält, nicht der, der hierzu verpflichtet ist, es aber nicht tut. In erster Linie kommen hier der Vater und sonstige Verwandte in Betracht. Es kann dies aber auch eine amtliche Stelle sein (Berufsvormund, Fürsorgeamt usw.).

M.—s.

Ich bin mitschuldig!

Die Lage der deutschen Arbeiterklasse ist nicht rosig, für viele Millionen sogar sehr trübselig. Düstler erscheint die Zukunft. Massenarbeitslosigkeit, Lohndruck, Steuerlast, Rationalisierung sieht man vielfach als etwas Unabänderliches an, mit dem man sich abfinden müsse und kommt zu dem Schluß: Die Gewerkschaften müßten dem Kapital mehr Widerstand leisten, dem Vorgehen der Unternehmer einen festen Damm entgegenstellen, und — schimpft auf die anderen, die ihre Pflicht vernachlässigten!

Wenn mit Schimpfen auf andere und mit Vorwürfen etwas gebessert werden könnte, dann entsprächen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sicher weitgehenden Wünschen. Doch solche „Kampfmethoden“ rühren das Unternehmertum durchaus nicht.

Wer trägt die Schuld für die absolut unbefriedigenden Zustände? Die Führer, die Bonzen! So ist man's gewöhnt von der sogenannten „Opposition“ und von den Nazis. Dabei machen die „Radikalen“ von links und rechts ihre eigenen Führer zu Halbgöttern und entäußern sich selbst aller Mitbestimmungsrechte, wie das sonst nirgends der Fall ist. Das Geschimpfe aus gewerkschaftsfeindlichem Lager interessiert uns weiter nicht. Doch ähnliche Stimmungen, wie sie aus den erwähnten Ausprüchen hervorklingen, hört man zuweilen auch von jungen und alten Gewerkschaftsmitgliedern, die mit den Schimpfbrüdern bestimmt nichts zu tun haben wollen. Sie sehen und fühlen die Offensiv der Unternehmertums, dessen konzentrierte Angriffe auf die soziale Position der Arbeiterschaft. Aber sie erkennen nicht die bei ihnen selbst liegenden mitbestimmenden Ursachen der unliebsamen Erscheinungen und machen es sich leicht, geben den Führern die Schuld, die nicht forsch genug sein sollen in der Abwehr der feindlichen Angriffe. Auf die Frage jedoch: Was soll denn geschehen? antworten die flinksten Zungen mit Schweigen.

Von anderer Seite werden derartige Vorwürfe oft mit der Behauptung beantwortet: Nein, nicht die Führer, die Mitglieder selbst tragen die Schuld! Sie sind zu lau, zu interesselos; sie kommen nicht in die Versammlungen, überlassen alles den Funktionären allein und murren, wenn ihnen nicht die gewünschten Früchte serviert werden!

Mit solchen Vorwürfen hin und her wird nichts gebessert. Sie steigern höchstens das gegenseitige Mißvergnügen und machen die Versammlungen noch öder. Hier handelt es sich nicht um Fragen subjektiver Schuld. Führer und Mitglieder sind in gewissem Sinne Opfer der sie am unmittelbarsten berührenden Verhältnisse. Viele Gewerkschaftsmitglieder und noch viel mehr „Nassauer“ beim Verzehren gewerkschaftlicher Früchte betrachten alles Errungene gewissermaßen als für ewig garantiert, das nicht genommen werden kann, obwohl sie täglich das Gegenteil erleben und deshalb unzufrieden sind.

Trotz der im allgemeinen traurigen Lage hat die deutsche Arbeiterschaft doch immer noch Positionen zu verteidigen, die vor wenigen Jahrzehnten als beinahe unerreichbar galten, für deren Erringen ungeheure Opfer gebracht worden sind. Dessen ist sich die jüngere Generation gar nicht bewußt. Man betrachtet den Achtstundentag, Tarife, gesicherte Löhne usw., ferner Arbeitslosenversicherung, das Mitbestimmungsrecht über die Gestaltung der Arbeitsver-

hältnisse einfach als Selbstverständlichkeiten, als Gegebenes, für das irgendwelcher Einfluß weder notwendig war, noch notwendig ist. Ein großer verhängnisvoller Irrtum zeigt sich hier, ein Manko im Wissen und Verstehen gewerkschaftlicher Voraussetzungen. Vor der Existenz der Gewerkschaften und der politischen Arbeiterbewegung gab es in Deutschland keine Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Alters-, Ungefallenenversicherung, keine Kinder-, Schwangeren-, Mutterschutz, keine öffentlich-rechtliche Fürsorgepflicht, keine staatlich geregelte Arbeitsvermittlung, keine Arbeitsgerichte und anderes mehr. Nicht Menschenfreundlichkeit der Unternehmer, nicht soziale Eingebung der herrschenden Klasse hat auch nur etwas von den sozialen Einrichtungen und den Arbeiterrechten gebracht. Alles ist der Gesellschaft unter schweren, harten, unablässigen, opferreichen Kämpfen abgetrotzt worden.

Bevor die Gewerkschaften in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse gestaltend eingreifen konnten, herrschte das Unternehmertum, geföhrt auf seine wirtschaftliche Uebermacht, als absoluter Herr im Hause, diktatorisch, unverantwortlich, ungehemmt rücksichtslos. Zwölf-, vierzehn-, ja sechzehnständige tägliche Arbeitszeiten, dazu Sonntagsarbeit, Vierundzwanzig- und Sechsenddreißig-Stunden-Schichten waren an der Tagesordnung. Arbeiter, die beim Fehlen von Schutzvorrichtungen, bei hemmungsloser Antreiberei, einen Unfall erlitten, dabei verkrüppelten, hatten keinen Anspruch auf Rente. Sie bekamen Entschädigung nur dann, wenn sie dem Unternehmer ein Verschulden nachweisen konnten. Das kostete viel Geld, das gerade dem Krüppel fehlte. Wer einer Krankheit erlag, für kürzere oder längere Zeit arbeitslos wurde, wer als Invalide auf die Straße slog, hatte keinerlei Rechtsansprüche auf Unterstützung. Er mußte bettelnd die Armenverwaltung aufsuchen. Dann gab es — vielleicht — Almosen, die als entehrend galten und den Verlust politischer Rechte nach sich zogen.

Niemand half dem Arbeiter. Selbsthilfe war durch Koalitionsverbote und schwere Strafandrohungen behindert. Erst mit dem Aufkommen der Gewerkschaften trat langsam eine Aenderung ein. Zunächst jedoch mußte ein harter, steiniger Boden bearbeitet werden. Schwer war das Werk der Aufklärung, Belehrung, der Organisierung. Dabei hatten die Pioniere die ganze Staatsmacht, die Gehässigkeit und Rachsucht des sich in seinen Ausbeutungsrechten bedroht fühlenden Unternehmertums gegen sich. Mit Drangsalierung durch Justiz und Verwaltung, durch „Zuchthausgesetze“, Sozialistengesetz, Organisationsverbote, Ausweisungen und sonstige Schikanen versuchte man die Entwicklung aufzuhalten. Doch die zum Klassenbewußtsein aufgerüttelten Proletarier, stark durch den sie beselenden Idealismus und einen erhebenden Solidaritätsgeist, nahmen begeistert alle Mühen eines ununterbrochenen Kampfes auf sich, verrichteten Hertulesarbeit. Nicht um Almosen bettelten sie, nicht um Wohltaten. Sie kämpften bewußt um Rechte, um das Mitbestimmungsrecht bei der Regelung aller Arbeitsbedingungen. Bald war man so weit, den Widerstand einzelner Unternehmer zu brechen. Streit zwang sie zu Kapitulationen. Die Löhne stiegen, die Arbeitszeit wurde kürzer.

Und dann meldeten sich auch andere als Arbeiterfreunde. Nicht um zu helfen, sondern um der jungen erfolgreichen proletarischen Bewegung das Wasser abzugraben. Kleriker und

bürgerliche Politiker erhoben nun auch ihre Stimme für Arbeiterforderungen. So und nicht anders kam unter dem Druck der sozialistischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit die offizielle Sozialpolitik in Gang. Doch die ganze bürgerliche Welt verharrete dabei in Feindschaft und Vernichtungswillen gegen die proletarische selbständige Bewegung. Doch diese war nicht aufzuhalten, und in jahrzehntelangen, erbitterten Kämpfen eroberte sie immer neue Positionen.

Mit dem Wachstum der Gewerkschaften, mit deren notgedrungenen Anerkennung als Verhandlungsfaktoren bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen, mit den Tarifabschlüssen usw. änderten sich zwangsläufig auch die Formen der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Die wachsende Macht der Gewerkschaften ließ auch die Unternehmer schnell den Weg zu einer Klassenorganisation gegen die Arbeiterschaft finden. Infolge ihrer verhältnismäßig kleinen Zahl war hier die Zusammenfassung viel leichter als bei den Arbeitern, zumal sich die Unternehmer nicht in verschiedene Organisationen mit hemmenden Tendenzen spalten ließen. Ihr Klassenbewußtsein ist stärker als irgendeine der Ideologien, die man bei den Arbeitern so erfolgreich als künstliche Spaltungsträfte spielen läßt zu schwerstem Schaden für die gesamte Arbeiterschaft. Es gibt keine christliche und nichtchristliche, keine nationale und nicht nationale, es gibt nur eine, die einheitliche Klassenorganisation der Unternehmer.

Schnell schlossen sich die Unternehmer zu Zentralverbänden mit Spitzenorganisationen zusammen. Bald praktizierten sie die Taktik, bei lokalen Konflikten mit Aussperrungsandrohungen für größere Bezirke oder die ganze Industrie zu antworten. Die Zusammenfassung der lokalen Arbeiterverbände zu Zentralorganisationen, dazu die Ansammlung erheblicher Geldmittel für unabsehbare Kämpfe wurde für die Gewerkschaften eine zwingende Notwendigkeit, ebenso die Anstellung berufsmäßiger Funktionäre. Unter dem Zwang der Verhältnisse mußten die Organisationsvertreter immer mehr Angelegenheiten als Beauftragte der Mitglieder selbständig erledigen. Sie taten und tun das nach besten Kräften.

Erkämpftes muß verteidigt werden. Den Mitgliedern ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Funktionäre die notwendige Verbandsarbeit nach bestem Wissen erledigen. Geht es aber nicht nach dem Willen der passiven Mitglieder, dann hat man einen Prügelknaben. Die allgemeinen Fragen des Klassenkampfes, das alle Organisationsgrenzen und Berufsinteressen überbrückende Solidaritätsbewußtsein vertümmerte, ungewollt zwar, aber doch folgenschwer, zu einem ungepflegten Pflänzlein in der Organisation. Damit staute unbewußt das Interesse für das Verbandsleben ab. Der Wagen lief ja von selbst. Geht es aber mal schief, na, dann schimpft man zur eigenen Gewissensberuhigung über die Führer, die sich selbstverständlich den Verhältnissen, in die sie hineingezwängt worden sind, nicht einfach entziehen können. Man hat anscheinend völlig vergessen, daß mühsam Erkanntes ständig verteidigt werden muß, soll es nicht wieder verloren gehen. Stillstand gibt es nicht. Entweder Fortschritt und Mehrung des Gewonnenen oder Rückschritt, Verlust. Die Interessenlosigkeit der Mitglieder schwächt die innere Kraft der Organisation vermindert ihre Werbe- und Schlagfähigkeit.

Die Dinge erkennen, bedeutet, sie schon halb gemästert zu haben. Ein Beispiel ist zu nehmen

Zahlst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 29. Wochenbeitrag für 1930 fällig. Nach § 6 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten. Achtet auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

an den Unternehmern! Bei denen hat sich der Klassenwille bis zum vollen Niederschlagen wollen der Gewerkschaften entwickelt. Mit gleichem Klassenbewußtsein sichert sich die Arbeiterschaft neuen Vormarsch. Ueberwindung der Situation, die sie in die Defensive drängte, stärkt die Organisation zu erfolgreicher Offensive gegen das Kapital.

Wenn jedes Mitglied erkennt: Ich bin mitschuldig und wenn es sich entscheidet: Nun mit rastlosem Eifer alle Kräfte für die gewerkschaftliche Arbeit eingespannt, dann ersteht schnell die Macht, mit der die Arbeiterschaft kapitalistischen Uebermut bricht. D.-Berlin.

Ausgewanderte Milliarden.

In Deutschland herrscht sehr große Kapitalnot. Alle möglichen Mittel werden versucht, um Geld aus dem Auslande heranzuziehen. Wohl fliehet Auslandsgeld wieder verstärkt herein, doch diese Summen genügen nicht, um wichtige Wirtschaftszweige zur Entfaltung zu bringen. Angesichts dessen wirkt es wie ein Hohn, wenn der Reichsarbeitsminister anlässlich der Kundgebung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände davon Mitteilung machte, daß das im Ausland angelegte deutsche Kapital auf 6 bis 8 Milliarden zu schätzen ist.

Man halte sich einmal vor Augen, welcher lebender Einfluß auf die deutsche Wirtschaft zu spüren wäre, wenn die deutschen Prozentpatrioten ihr Geld nicht ins Ausland geschafft hätten. Der Grund hierfür liegt klar zutage. In Deutschland sind die Steuern höher als im neutralen Ausland. Es geht mit dem Geld so ähnlich wie mit dem Fremdenbesuch, man sucht es durch allerhand günstige Manipulationen heranzuziehen. Und da das Ausland, namentlich Holland, Luxemburg und die Schweiz, dem Kapital günstigere Bedingungen bieten, deshalb fliehet es dahin, wo weniger Belastungen zu befürchten sind. Es muß jedoch für alle Zeit angeprangert werden, daß deutsche Kapitalisten gerade in der schwierigsten Zeit mit dazu beitragen, die Wirtschaft in Unordnung zu bringen. Die Arbeiterschaft jedenfalls wird sich das merken. Die deutsche Regierung wird mit ihren Maßnahmen, die ausgewanderten Milliarden zurückzuholen, nur wenig Glück haben.

Berichte.

Bünde i. W. Am 1. Juli fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der aus Anlaß von Meinungsverschiedenheiten in einem größeren Kartonnagenbetriebe unser Gauleiter Kollege Kornader anwesend war. Kornader berichtete, daß eine Anzahl Kolleginnen in den letzten Wochen wesentlich unter ihrem Tariflohn verdient hätten. Er habe mit der Firma verhandelt und es sei auch hier, wie immer bei solchen Gelegenheiten, auf die außerordentlich scharfe Konkurrenz, insbesondere aus Süddeutschland, hingewiesen worden. Die Preise würden von dort um etwa 30 Proz. unterboten, so daß auch hier aufs

scharfste kalkuliert werden müsse. Die in Gegenwart des Betriebsrats und einiger Kolleginnen geführte Verhandlung habe das Ergebnis gehabt, daß den Kolleginnen Gelegenheit gegeben werden soll, die Lohneinbuße in kürzester Zeit wieder aufzuholen. Hiermit haben die Betroffenen sich einverstanden erklärt und der Streitfall sei damit erledigt. Kornader zeigte an diesem Falle, wie notwendig eine straffe Organisation ist, um den tariflichen Bestimmungen auch Geltung zu verschaffen. Er forderte die Anwesenden auf, immerwährend für die Stärkung des Verbandes tätig zu sein. Nach einem kurzen Ueberblick über die allgemeine wirtschaftliche Lage und ihre Auswirkung auf die Arbeiterschaft und nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten fand die gutbesuchte Versammlung ihr Ende.

Flensburg. Es ist ganz etwas Neues, wenn die nördlichste Zahlstelle und zugleich Grenzstadt auch einmal etwas von sich hören läßt. Unser Beruf liegt hier so brach, wie bald in keiner anderen Stadt. Die Alten werden entlassen, dafür dann und wann Jüngere, das heißt Nichtorganisierte, eingestellt. Tritt man an diese heran, um sie zu belehren, was Organisation heißt, dann hören sie uns wohl einen Augenblick an, doch dann lassen sie uns stehen oder sie sagen voller Inverstand: „Eine Lebensversicherung ist viel besser als ein Verband.“ Daß sie vom Unternehmer dafür viel mehr ausgenutzt werden, begreifen sie nicht. Seit Ostern haben wir mit einer neuen Erscheinung zu rechnen, indem seit dieser Zeit hier 16 (!) Lehrlinge beschäftigt werden. Was aus diesen jungen Leuten später einmal werden soll, darum kümmert sich niemand.

Es sind jetzt 41 Jahre, daß unsere Zahlstelle besteht. Es war am 13. Juli 1889, als die Kollegen eine Versammlung abhielten, um sich nach damaliger Uebung einen Fachverein zu gründen. Der Einberufer war Kollege Better. Kollege Jedjini erläuterte in kurzen Worten den Zweck unserer Organisation. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die am 13. Juli 1889 tagende Versammlung hiesiger Buchbindergehilfen beschließt, da an die Gründung eines Fachvereins nicht zu denken ist, sich dem Kieler Verein anzuschließen. Zu diesem Zweck wird ein Vertrauensmann und Kassier gewählt. Selbige haben Beiträge entgegenzunehmen, die Zeitung an die Mitglieder zu verteilen, Versammlungen einzuberufen und die Rechte der Mitglieder zu wahren, wie es das Statut fordert.“

Dies war der Anfang unserer Vereinigung, bis sich dann am 15. März 1890 die Gründung eines selbständigen Fachvereins mit Anschluß an den Verband vollzog. Der damalige Vorsitzende, Kollege Spechahn, ist in späteren Jahren selbständiger Handwerker geworden, doch er hat sich immer noch, wenn wir eine Feier veranstalten, bei uns sehen lassen. Diese Feststellung soll ihm eine Anerkennung sein, denn er hielt immer an dem, was er damals aufgebaut hat. Auch ist Herr Spechahn in seiner Zwangsinnung einer von denjenigen, die den Ausgelernten die Mahnung mit auf den Weg geben, sich tüchtig umzusehen im eigenen Kollegentreife.

Leider fehlen uns für die folgende Zeit schriftliche Aufzeichnungen über die Geschicke in unserer Zahlstelle bis zum Jahre 1902. Sovieel nur jetzt fest, daß von 1890 bis 1900 verschiedentlich Reibereien mit den Unternehmern vorgekommen sind, die manchmal sehr scharfe Zusammenstöße brachten. Unser jetziger Vorsitzender, Kollege Ahrens, hat das noch mit erleben können, als er damals die Zahlstelle übernahm. In einem Betriebe stellt die Belegschaft die Forderung, den Lohn von 18 auf 21 Mt. zu erhöhen. Ohne erst die Arbeiter anzuhören, wurde ihnen erklärt: „Morgen früh brauchen alle nicht wieder anzufangen. Leute kann ich genug bekommen.“ Doch am Nachmittag kam der Herr ganz von selbst, und der Stundenlohn wurde von 30 auf 35 Pf. erhöht. Wäre die Belegschaft nicht so gut organisiert gewesen, dann hätten wir uns den Mund wischen können.

Später hat es noch verschiedene Zusammenstöße gegeben, und darum kann unsere Zahlstelle manchmal sehr froh sein, daß immer noch ein Stamm alter Kollegen und Kolleginnen am Platze ist, der es zu würdigen weiß, was es heißt, organisiert zu sein. Wir wissen auch, daß wir alle die, die noch nicht organisiert sind, zu uns bringen müssen, damit sie mit uns mitarbeiten und unsere Organisation ausbauen helfen. Was unsere alten Kollegen geschaffen haben, muß weitergeführt werden. Das kann nicht einer allein tun, da müssen alle mithelfen, damit wir zum Ziel kommen. Alle für einen, einer für alle, muß unsere Losung bleiben. Dann wird es auch vorwärts gehen.

Wanfried a. d. Werra. Am 22. Juni verstarb am Herzschlag im Alter von 73 Jahren unser Kollege Christian Schröder, der eigentliche Begründer und mehrere Jahre hindurch der erste Vorsitzende unserer

Vor jeder Arbeitsannahme

hat sich jedes Mitglied an den jeweiligen örtlichen Bevollmächtigten zu wenden und bei diesem Informationen über die örtlichen Verhältnisse einzuholen. Wer diese selbstverständliche Pflicht versäumt, schädigt nicht nur sich selbst, sondern auch seine Arbeitskollegen.

Zahlstelle. Er hat trotz seines hohen Alters viele Jahre lang seine ganze Kraft in den Dienst des Verbandes und der Kollegenschaft gestellt, bis vor zwei Jahren die Krankheiten des Alters ihn aus Haus und ins Bett sesselten; Christian Schröder hat in keiner Versammlung und Veranstaltung des Verbandes gefehlt. Siets stand Christian Schröder auf Grund seiner reichen Lebenserfahrungen der Kollegenschaft mit Rat und Tat hilfreich zur Seite. An ihm hat die Zahlstelle Wanfried einen der besten Kollegen und tüchtigsten Mitarbeiter verloren. Für die Wertschätzung seiner Person zeugt die überaus zahlreiche Beteiligung der Kollegenschaft an seinem Begräbnis. Die Kollegenschaft Wanfrieds wird ihm noch oft vermissen und das Andenken an diesen braven Kollegen, liebenswerten Freund und gütigen Menschen stets in Ehren halten.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Abrechnungen

vom zweiten Quartal 1930 gingen bis zum 8. Juli bei der Verbandskasse ein von:

Tüft 50,— Mt., = Gau Magdeburg — Mt.,
Mischerleben — Mt., Burg b. Magdeburg 308,15
Markt, Magdeburg 2400 Mt., Osterwied — Mt.,
Rathenow 600,— Mt., Wittenberg — Mt., =
Rünster 110,— Mt., Besele — Mt., = Neustadt
a. d. S. — Mt., = Altensurg 800,— Mt., Böhmig
— Mt., Langensalza — Mt., = Oberwiesenthal
— Mt., Konstanz 275,80 Mt., = Erlangen
1000,— Mt.

Adressenänderungen.

B = Bevollmächtigter; K = Kassierer.

Ludwigshafen: B.: Martin Scheuring, Westendstr. 32.
K.: Friedrich Müller, Sahnstr. 44.

Lüdenscheid: B.: Paul Harweg, Am Grünenwald 1.
K.: Peter Hof, Thiemann, Markthilfenstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

Unser Verband im Jahre 1929.

Die Verhandlungen zur Behebung der Wirtschaftsnote abgebrochen!

Die Beschneidemaschine als Gullotine.

Mitglieder werden heißt Gewerkschafter erziehen!

Die Ruhrzehen schreien nach Staatshilfe.

Zur Unterhaltung: Kampf mit dem Bären. — Kurz und bündig.

Für unsere Kolleginnen: Auch du ersehnt der Freiheit Licht. (Gebicht). — Bernard Shaw und August Bebel zur Frauenfrage. — Wie Leni zur Organisation kam. — Stillgeld auch nach dem Tode der Wächnerin.

Ich bin mitschuldig!

Ausgewanderte Milliarden.

Berichte: Bünde i. W. — Flensburg — Wanfried a. d. Werra.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Abrechnungen — Adressenänderungen.